



## CENTRE PATRONAL PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST

Monbijoustrasse 14  
3001 Bern  
Tel. 031 25 73 64 / 65  
Telex 33 527

2, avenue Agassiz  
1001 Lausanne  
Téléphone 021 20 28 11  
Télex 25 730

Bern, den 11. Januar 1977  
PAS/ub

Das Centre Patronal teilt mit:

### Die Abstimmung vom 13. März rückt näher

Die Mehrzahl der industrialisierten Länder, darunter die Schweiz, leidet an Geburtenrückgang; die Bevölkerung nimmt nicht mehr zu. Dieser demographische Stillstand ist einer der Gründe für das Andauern der Rezession. Wirtschaftliche Stagnation geht mit dem Rückgang der Bevölkerung einher. Die Verminderung der Konsumenten und der produzierenden Kräfte bringt selbstverständlich kein Wachstum mit sich.

Unter diesen Gesichtspunkten erscheinen die Ueberfremdungsinitiativen, die am 13. März nächsthin Volk und Ständen unterbreitet werden, als besonders verfehlt.

Im Zeitraum von August 1975 bis August 1976 hat die ausländische Wohnbevölkerung um 66'000 Personen abgenommen; in der gleichen Periode hat überdies die Zahl der Saisonarbeitskräfte um 25'300 und jene der Grenzgänger um 14'200 abgenommen. Zu dieser bedeutenden Abwanderung kommt der Geburtenrückgang noch hinzu: betrug in der Schweiz der Geburtenüberschuss im Jahr 1965 noch 56'000, so verminderte er sich auf 42'000 für 1970 und auf 22'500 für 1975; von Januar bis August 1976 sank er noch einmal auf 12'800 (gegenüber 17'700 in den ersten acht Monaten des Jahres 1975).

Die Initiative der Republikanischen Bewegung hat zum Zweck, die ausländische Wohnbevölkerung auf 12,5% der schweizerischen Bevölkerung zu reduzieren, und dies innert 10 Jahren. Dies würde ungefähr einer Abwanderung von rund 300'000 Personen entsprechen, was ungefähr der Zahl sämtlicher Inhaber sogenannter "Jahresbewilligungen" gleichkommt. Eine solche Politik wäre nicht nur gegenüber den Gastarbeitern unmenschlich; sie würde überdies eine wirtschaftliche Krise zur Folge haben, die weit schlimmer wäre, als jene, die wir seit Sommer 1974 erleben.

Die weitere Initiative, von der Nationalen Aktion lanciert, zielt darauf ab, die Zahl der Einbürgerungen auf 4'000 im Jahr zu beschränken. Im Verlaufe der letzten Jahre variierte die Zahl der Einbürgerungen zwischen 8'000 und 10'000. Die Frage der Einbürgerung

ist nicht eine Frage der Zahl. Wichtig ist, dass der Einbürgerungswillige, der die Bindungen zu seinem Heimatsstaat aufgegeben hat, Sprache, Sitten und Gebräuche seines Wohnortkantons angenommen hat. Es ist ohne Zweifel richtig, Gefälligkeitseinbürgerungen zu verhindern. Andererseits ist es ebenso wichtig, einen tatsächlichen Zustand für diejenigen Personen zu legalisieren, die in ihrer Gemeinde und in ihrem Kanton vollständig assimiliert sind.

Besonders wünschenswert wäre es - und zwar sowohl für die Einbürgerungswilligen als auch für die schweizerische Bevölkerung - dass die Einbürgerung (auch kostenmässig) für alle Jugendlichen erleichtert würde, die in der Schweiz die Schulen absolviert haben. Die Initiative der Nationalen Aktion würde einer grossen Anzahl solcher Jugendlichen die Einbürgerung verweigern.

Die Republikanische Bewegung und die Nationale Aktion versuchen stur eine Abkapselung der Schweiz durchzusetzen; ihre Zwängerei führt zu einem unsinnigen Autarkiestreben und Isolationismus. Solchen Bestrebungen muss ein zweifaches NEIN entgegengesetzt werden.